

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom
Kantonsratspräsident

9. September 2024
Zehnder Ferdinand

B 24 Kantonale Verfassungsinitiative "Ja zum Stimmrechtsalter 16!" / Justiz- und Sicherheitsdepartement**1. Beratung**

Für die Staatspolitische Kommission (SPK) spricht Kommissionspräsident Peter Fässler.

Peter Fässler: Dies ist der zweite Anlauf für die Einführung des Stimmrechtsalters 16 auf Kantonsebene. Ein erster Versuch, das Stimmrechtsalter von 18 auf 16 Jahre zu senken, wurde 2019 mit einer Einzelinitiative gestartet. Diese Einzelinitiative wurde 2021 durch den Kantonsrat knapp mit 61 zu 58 Stimmen abgelehnt. Am 25. Mai 2023 reichte die Allianz «jung & engagiert», die 19 Organisationen, Parteien und Verbände umfasst, die Verfassungsinitiative «Ja zum Stimmrechtsalter 16!» ein. Die Initiative verlangt erneut die Senkung des aktiven Stimm- und Wahlrechts in kantonalen Angelegenheiten von heute 18 auf neu 16 Jahre. Als Hauptgründe für eine Senkung des Stimmrechtsalters werden vom Initiativkomitee aufgeführt, dass der frühere Einbezug junger Menschen mehr Mitbestimmung erlaube und das Interesse an der Politik fördere. Zudem seien Jugendliche von politischen Entscheidungen länger betroffen und sollten deshalb früher mitbestimmen können. Die SPK wurde am 26. Juni 2024 durch Regierungsrätin Ylfete Fanaj, Vorsteherin des Justiz- und Sicherheitsdepartementes (JSD), sowie Gregor Zemp, stellvertretender Leiter Rechtsdienst JSD, über die Vorlage orientiert. Eingeladen zu dieser Kommissionssitzung waren ebenfalls Vertreterinnen und Vertreter des Initiativkomitees. Beda Lengwiler von der Jungen Mitte und Giulia Bucheli vom Jugendparlament und den Jungen Grünen legten anhand einer Präsentation engagiert ihre Argumente zur Initiative dar und standen den Fragen aus dem Plenum zur Verfügung. An ihrer Sitzung vom 21. August 2024 beriet die SPK die Botschaft B 24. Regierungsrätin Ylfete Fanaj nahm an der Sitzung teil. In ihren Eintretensvoten legten die einzelnen Fraktionen ihre Meinungen zur Verfassungsinitiative dar. Die ablehnenden Stimmen vermerkten speziell, dass die Übereinstimmung des Stimm- und Wahlrechtsalters mit der zivilrechtlichen Mündigkeit, also mit 18 Jahren, höher zu gewichten sei als das Mitspracherecht der 16-Jährigen. Ein weiterer Punkt für die Ablehnung war, dass das Stimm- und Wahlrechtsalter schweizweit auf allen politischen Ebenen gleich sein sollte. Die befürwortenden Stimmen unterstützten die Argumente des Initiativkomitees. Auf die Vorlage wurde einstimmig eingetreten. Der Antrag, dass die Verfassungsinitiative abgelehnt statt angenommen werden soll, wurde von der Kommission abgelehnt. Der Vorlage wurde in der Schlussabstimmung mit 9 zu 4 Stimmen zugestimmt. Im Namen der Kommission bitte ich Sie, die Verfassungsinitiative abzulehnen. Das letzte Wort zur Initiative wird allerdings das

Volk haben, das mit einer Abstimmung darüber entscheidet.

Für die Mitte-Fraktion spricht Daniel Rüttimann.

Daniel Rüttimann: 64,72 Prozent Nein-Stimmen einerseits und 58,62 Prozent Nein-Stimmen andererseits. Zu den 64,72 Prozent: Das ist der Durchschnitt des Nein-Stimmenanteils in den vier kantonalen Volksabstimmungen zum Stimmrechtsalter 16 in der Schweiz seit 2020, und zwar in den Kantonen Neuenburg, Uri, Zürich und Bern. Das Stimmvolk hat diesbezüglich mit fast zwei Dritteln eine deutliche Ablehnung gezeigt, obwohl auch dort einzelne Fraktionen und Parteien auf der Seite der Befürworter standen. Zu den 58,62 Prozent Nein-Stimmen, also über 6 Prozent tiefer: Das ist der Nein-Stimmenanteil der Mitte-Fraktion von letzter Woche. Die Mitte-Fraktion hat sich also knapper als es in den bisherigen Kantonsabstimmungen der Fall war, aber eben doch mehrheitlich für ein Nein zum Stimmrechtsalter 16 und folgerichtig für ein Ja zur vorliegenden Botschaft entschieden. Soweit mein Zahlenspiel, nun aber zur Vorlage und zur sachlichen Einschätzung: Die vorliegende Initiative verlangt die Senkung des aktiven Stimm- und Wahlrechts von heute 18 auf 16 Jahre. Das passive Wahlrecht soll bei 18 Jahren bleiben. Die Ausgangslage ist in der Botschaft detailliert beschrieben. Die Mitte Kanton Luzern anerkennt das grosse Engagement und die Motivation der Initiantinnen und Initianten. Die Jungparteien sind wichtige Elemente in der politischen Landschaft. Die Mitte-Fraktion hat deshalb auch Verständnis für die drei zentralen Anliegen der Initiantinnen und Initianten zum Stimmrechtsalter 16, dass es nämlich eine Bereicherung des politischen Prozesses wäre, wenn die Jungen Verantwortung übernehmen wollen und der Einbezug der Jungen mit Blick auf die Zukunft besser ist. Diese Argumente stechen grundsätzlich inhaltlich heraus und sind sicherlich auch wertvoll. Wie gesagt, die Mitte-Fraktion anerkennt und wertschätzt das politische Engagement der Jugendlichen. Wenn man die Vorlage jedoch in den politischen Gesamtkontext stellt, scheitert das Anliegen. Die Gründe sind in der Botschaft detailliert aufgeführt: Erstens ist die Übereinstimmung des Stimm- und Wahlrechtsalters mit der zivilrechtlichen Mündigkeit, also mit 18 Jahren, insgesamt höher zu gewichten. Zweitens soll weiterhin eine einheitliche Altersgrenze für das aktive und passive Stimm- und Wahlrecht gelten. Drittens soll eine Lösung nicht nur kantonal, sondern auch national einheitlich geregelt sein. Im schweizweiten Vergleich hatten es – wie eingangs bereits erwähnt – die bisherigen Initiativen in den Kantonen Neuenburg, Uri, Zürich und Bern sehr schwer und erreichten jeweils knapp einen Drittel der Ja-Stimmen. Die immer wieder erwähnte nationale Lösung scheint ebenfalls nicht mehrheitsfähig zu sein. Der Nationalrat hat am 28. Februar 2024 eine entsprechende neue Vorlage mit 106 zu 84 Stimmen deutlich abgelehnt. Auf nationaler Ebene steht das Thema also vorläufig nicht mehr auf der Traktandenliste, dies wohl auch aufgrund der vier deutlichen kantonalen Abstimmungsergebnisse. Zum politischen Prozess: Das Anliegen «Stimmrechtsalter 16» wurde mit der Einzelinitiative im Parlament im Jahr 2021 bereits beraten. Das Ergebnis ist zwar knapp ausgefallen, aber letztlich resultierte ein Nein. Im Nachgang und in einem erneuten Anlauf wurde die Variante mit einer Initiative, die dem Stimmvolk unterbreitet werden soll, als Lösung angesehen. Das Volk soll darüber befinden können, wenn Regierung und Parlament das Anliegen ablehnend beurteilen. Die entsprechende Botschaft liegt nun korrekterweise vor. Ebenfalls korrekt ist dabei auch die konsequente und praktisch identische Haltung wie bereits 2021. Die Ausgangslage hat sich nicht verändert. Im Gegenteil, die Haltung wurde durch die vier Ablehnungen in den Kantonen Neuenburg, Uri und den grossen Kantonen Bern und Zürich letztlich sogar bestätigt. Die SPK als vorberatende Kommission hat sich des Themas angenommen und der nun vorliegenden Botschaft doch deutlich mit 9 zu 4 Stimmen zugestimmt. Nun kann das Luzerner Stimmvolk darüber entscheiden. Das ist es, was die Initiantinnen und Initianten

wollten. Die Haltung von Regierung und Parlament ist aufgrund des politischen Prozesses gefragt, wobei die Ausgangslage, wie bereits erwähnt, wohl gleich ist wie bei der ersten Absage. Die endgültige Antwort darf nun aber das Volk liefern, voraussichtlich Anfang 2025, und das ist gut so. Den Initiantinnen und Initianten ist es gelungen, die nötigen Unterschriften für ihr Anliegen zeitgerecht zu sammeln. Die Initiative ist also gültig. Daher soll jetzt das Volk über diesen Grundsatz entscheiden. Das Stimmvolk könnte also den sachpolitisch gefällten Entscheid von Regierung und Parlament bestätigen oder korrigieren, je nach dem heutigen Ergebnis im Parlament. So oder so: Entscheidend wird sein, dass sich die Jungen grundsätzlich für ihre Zukunft interessieren und sich auf verschiedenen Ebenen einbringen, eben auch politisch. Es bestehen bereits heute reichlich Möglichkeiten für interessierte Jungbürgerinnen und Jungbürger, sich politisch auf kommunaler, kantonaler oder nationaler Ebene zu engagieren, für etwas einzustehen und sich für etwas einzusetzen. Diejenigen, die sich politisch engagieren wollen, und das sind längst nicht alle 16- bis 17-Jährigen, können bereits heute aktiv sein. Somit kommen wir zur Gretchenfrage: Ist die Zeit für das Stimmrechtsalter 16 im Kanton Luzern schon reif genug? Diese Frage zu beantworten, liegt mit der vorliegenden Initiative Anfang 2025 in den Händen der Luzerner Stimmbevölkerung. Die Mitte-Fraktion tritt auf die Vorlage ein, sie stimmt ihr gemäss Fraktionsergebnis mit 58,62 Prozent der Stimmen zu und lehnt somit das Stimmrechtsalter 16 ab, wenn auch knapp. Damit bleibt die Mitte-Fraktion bezüglich ihrer bisherigen Haltung in der sachlichen Interpretation des Anliegens wie bereits 2021 konsequent.

Für die SVP-Fraktion spricht Cornel Raess.

Cornel Raess: Die SVP-Fraktion ist überzeugt, dass sich das Stimmrechtsalter mit der Volljährigkeit und somit mit dem Beginn von Rechten und Pflichten decken soll. 16-Jährige besitzen noch nicht alle Rechte, so können sie noch keinen Vertrag unterzeichnen, dürfen noch nicht Auto fahren, und das Jugendstrafrecht gilt noch. Die Initianten und die Befürworter haben erklärt, dass die Jugendlichen zum Teil noch vor sich selbst geschützt werden müssten, etwa in Bezug auf Verschuldung oder Alkohol und Nikotin. Das wiederum widerspricht dem Anliegen. Bei Jugendlichen im Alter von 16 bis 17 Jahren handelt es sich häufig um Lernende. Diese befinden sich in einer Lehre, oder sie absolvieren die Matura und tragen noch nicht die volle Verantwortung. Bei meinen Söhnen habe ich gesehen, dass sie bereits mit 14 oder 15 Jahren sehr gute Argumente liefern und sich entsprechend einbringen können. Wieso soll also das Stimmrechtsalter ab 16 und nicht bereits ab 12 gelten? Das Stimmrechtsalter soll zudem gleich wie bei Vorlagen des Bundes bleiben. Politisch aktiv werden kann man trotzdem, in der Familie, in der Schule, in der Lehre, in Vereinen oder im Jugendparlament, was auch sehr wertvoll und wichtig ist. Zusätzlich finden wir, dass die Erteilung des Stimmrechts und des aktiven und passiven Wahlrechts gleichzeitig mit 18 Jahren erfolgen soll. Es wäre zu komplex und würde zu einem Flickenteppich führen, wenn jede Gemeinde selber über das Stimmrechtsalter entscheiden könnte. Die SVP-Fraktion folgt der Regierung und erklärt die Initiative für gültig. Die Forderung nach einem tieferen Stimmrechtsalter lehnen wir hingegen ab.

Für die FDP-Fraktion spricht Ronny Beck.

Ronny Beck: Die FDP-Fraktion begrüsst die Haltung der Regierung. Die eingereichte Volksinitiative ist für gültig zu erklären. Die FDP-Fraktion lehnt die Volksinitiative grossmehrheitlich ab. Die Meinung der FDP-Fraktion hat sich seit der Debatte zur Einzelinitiative E 123 im Juni 2020 und der daraus folgenden umfassenden Beratung in der SPK nicht verändert. Wir sind nach wie vor der Ansicht, dass das Stimmrecht und das aktive und passive Wahlrecht zusammengehören. Wer sich zu politischen Fragen äussert und wählt, soll mündig und auch befähigt sein, ein politisches Amt auszuüben. Zudem sind wir nach wie

vor der Meinung, dass das Stimmrechtsalter nicht eine Frage der Fähigkeit, sondern von Rechten und Pflichten ist. Der FDP-Fraktion ist es aber wichtig, dass alle anderen Möglichkeiten unterstützt werden, damit die jungen Menschen mitdiskutieren und ihr Umfeld mitgestalten können. Gute Beispiele, die unbedingt weiterhin unterstützt werden sollen, sind unter anderem das Jugendparlament, Projekte der Jugendarbeit und die Unterstützung der Jungparteien. Zudem unterstützen wir weiterhin die politische Bildung, für die sich die FDP-Fraktion mehrfach stark eingesetzt hat. Die FDP-Fraktion tritt auf die Vorlage ein, sie erklärt die Volksinitiative für gültig und lehnt sie grossmehrheitlich ab.

Für die SP-Fraktion spricht Maria Pilotto.

Maria Pilotto: «Ich begrüsse euch herzlich zu meinem Geschichtsvortrag über das Stimmrechtsalter 16» – so habe ich im Februar 2000 als 14-jährige Gymnasiastin meinen Vortrag begonnen, basierend auf der aktuellen Forderung von SP-Nationalrätin Ursula Wyss für das Stimmrechtsalter 16 auf eidgenössischer Ebene. Sowohl auf nationaler als auch auf kantonaler Ebene hat das Thema schon viele Kreise gezogen. Heute können wir im Kanton Luzern endlich einen Schritt weitergehen. Mit Interesse habe ich die im Dezember 2021 geführte Debatte nachgelesen, in welcher das Anliegen eine Mehrheit nur sehr knapp verpasst hat. Immer wieder ging es darum, ob die Jugendlichen denn das Stimmrechtsalter 16 wollen oder nicht. Mit der jetzt vorliegenden Initiative haben wir in der Logik des politischen Systems eigentlich die grösstmögliche Annäherung an eine Antwort auf diese Frage. Vier Luzerner Jungparteien und zahlreiche Jugendorganisationen haben Unterschriften für eine Initiative gesammelt und zeigen uns damit mit ihrem grossen Engagement, dass es ihnen ein sehr grosses und wichtiges Anliegen ist. Ich danke all den engagierten Menschen im Alter von 16 oder mehr Jahren, die sich auf diesem Weg für eine Weiterentwicklung unseres politischen Systems eingesetzt haben, und auch allen, die uns heute am Eingang des Regierungsgebäudes empfangen und auf das Anliegen aufmerksam gemacht haben. Alle Generationen der SP haben das Anliegen «Stimmrechtsalter 16» immer wieder unterstützt und auch aktiv dafür gekämpft. Jugendliche sollen im Kanton Luzern bereits mit 16 Jahren das Recht haben, sich zu kantonalen und kommunalen Abstimmungen und Wahlen zu äussern und sich daran zu beteiligen. In diesem Alter beenden sie die obligatorische Schulzeit und beginnen eine Lehre, oder sie besuchen Gymnasien oder Fachmittelschulen. In vielerlei Hinsicht sind sie bereits vollwertige Mitglieder der Gesellschaft und müssen in vielen Bereichen immer wieder Vor- und Nachteile abwägen und Entscheide fällen. Wollen sie das oder nicht? In meinem eingangs erwähnten Referat habe ich den Hinweis auf eine Studie aus Deutschland gefunden, die besagt, dass Jugendliche zwar eher Vorbehalte gegenüber der Einführung des Stimmrechtsalters 16 haben, weil ihnen zu wenig Informationen zur Verfügung stehen. Lügen ihnen diese Informationen aber vor, würden sie das Stimmrecht aber jeden Fall nutzen. Dies zeigt, dass Jugendliche mit ihren Rechten sehr wohl verantwortungsvoll umgehen. Die Studie zeigt aber auch, dass es nicht viel bringt, die Jugendlichen zu fragen, ob sie für das Stimmrechtsalter 16 sind oder nicht. Bei der Durchsicht der Debatten, die unser Rat in den letzten Jahren zu diesem Thema geführt hat, kam es mir auch so vor, dass es kein Leichtes ist, bei diesem Thema eine Brücke zwischen den Pro und Contra zu schlagen. Immer wieder kam mir aber das Zitat des Schweizer Dichters und Pfarrers Kurt Marti in den Sinn: «Wo kämen wir hin, wenn alle sagen, wo kämen wir hin, und niemand ginge, um zu sehen, wohin man käme, wenn man ginge.» Die Frage rund um das Stimmrechtsalter 16 hat also etwas mit Mut zu tun, nämlich denjenigen jungen Menschen die Teilhabe zuzugestehen, die das möchten. Es geht aber auch darum, den vielleicht eher Zurückhaltenden die Teilhabe zuzutrauen und sie bei der Wahrnehmung dieses Rechts zu begleiten. Im vorliegenden Fall sind wir diejenigen, die nun einen ersten Schritt in diese

Richtung gehen können, einen Schritt in Richtung politisches Interesse, politische Teilhabe sowie Mitgestaltung unserer Gesellschaft. Dabei handelt es sich um Anliegen, die wir für uns selbst in Anspruch nehmen und die uns wichtig sind. In diesem Sinn setzt sich die SP-Fraktion für die Initiative ein und stellt den Antrag, dass die Initiative angenommen werden soll.

Für die Grüne Fraktion spricht Samuel Zbinden.

Samuel Zbinden: Vor etwa drei Jahren, im Dezember 2021, war das Stimmrechtsalter 16 bereits Thema im Luzerner Kantonsrat. Nachdem sich die SPK mit der überwiesenen Einzelinitiative über die Einführung des Stimmrechtsalters 16 auseinandersetzte, beschäftigte sich auch der Kantonsrat damit. Denkbar knapp wurde das Anliegen damals mit 61 zu 58 Stimmen abgelehnt. Nach diesem Nein, das für uns Jungparteien sowie auch für die Befürworterinnen und Befürworter natürlich frustrierend war, kamen einige auf uns zu, auch Gegnerinnen und Gegner, die meinten: Jetzt braucht es halt eine Initiative. Gesagt, getan. Für diese Initiative haben wir Unterschriften gesammelt gemeinsam mit einem Bündnis von über 20 Organisationen, von Jungparteien über Jugendparlamente und Pro Juventute bis hin zur Pfadi. Heute befasst sich nun der Kantonsrat erneut mit dem Thema Stimmrechtsalter 16. Lassen Sie mich zwei Argumente nennen, warum ich aus tiefstem Herzen überzeugt bin, dass wir die Initiative heute zur Annahme empfehlen sollten: Erstens wollen 16- und 17-Jährige mitbestimmen. Das beweisen schweizweit über 20 000 Mitglieder von Jungparteien. Das beweisen zahlreiche Teilnehmende an der jährlichen Jugendsession in Luzern. Das beweisen all die jungen Menschen, die Stunden und Tage investierten, um die Initiative für das Stimmrechtsalter 16 in die Politik zu tragen. Ja, es stimmt, dass die Stimmbeteiligung bei der jungen Generation zu tief ist. Doch gerade deshalb braucht es das Stimmrechtsalter 16. Geben wir den jungen Menschen, die bereits engagiert sind, das Vertrauen, und motivieren wir mit diesem Zeichen andere. Jede einzelne 16- und 17-Jährige, die nach Annahme zusätzlich abstimmt, ist ein Gewinn für die Demokratie. Zweitens bin ich überzeugt, dass 16- und 17-Jährige fähig sind abzustimmen. Das legt eine namhafte Studie dar, die das Abstimmungsverhalten von 16-Jährigen in Österreich mit demjenigen von Erwachsenen verglichen hat. Das Ergebnis lautet, dass Jugendliche genauso gut nach ihren eigenen Präferenzen und anhand von Argumenten entscheiden können. Erkenntnisse aus der Entwicklungspsychologie stützen diese These: Die Fähigkeit, unter hohem zeitlichem und emotionalem Druck zu entscheiden, ist bei den meisten zwar erst mit 25 Jahren ausgereift. Man ist also vielleicht noch nicht gleich gut darin abzuwägen, welche Worte man in einer hitzigen Kantonsratsdebatte wählt und wo es vielleicht zu weit geht. Das sogenannte «kalte, strategische Denken», bei welchem man ohne zeitlichen Druck und nicht im Affekt entscheidet, sondern Argumente abwägt, ist aber bereits mit 16 Jahren voll ausgereift. Jugendliche sind durchaus in der Lage, sich eine Meinung zu bilden. Die Abstimmungsunterlagen werden in der Regel ja nicht unter Stress ausgefüllt. Auch wir als Gesellschaft muten Jugendlichen auf vielen Ebenen zu, Verantwortung zu übernehmen und Entscheide zu fällen. Bereits mit 14 oder 15 Jahren müssen sich zahlreiche Jugendliche für eine Lehrstelle entscheiden. In vielen anderen Bereichen übertragen wir jungen Menschen Verantwortung, etwa im Berufsleben oder der Gesellschaft. Aus all diesen Gründen ist die Grüne Fraktion von der Initiative überzeugt. Die Gründe für die Ablehnung der Regierung sowie einiger Vorredner überzeugen uns nicht. Wir stellen den Antrag auf Anpassung von Ziffer 2 des Kantonsratsbeschlusses: Die Initiative soll zur Annahme empfohlen werden. Mehr Mitbestimmung für junge Menschen kostet nichts, sie schadet niemandem, bringt keinen Zusatzaufwand für den Staat und nimmt niemandem ein Recht weg. Seien wir heute mutig, seien wir visionär, gehen wir einen Schritt und sagen Ja zum Stimmrechtsalter 16. Wagen wir als Kanton Luzern diesen Schritt – 50 Jahre nach Einführung des Frauenstimmrechts und

30 Jahre nach Einführung des Stimmrechtsalters 18. Es ist ein Schritt für mehr Demokratie und mehr Mitbestimmung. Ich danke allen ganz herzlich für die Unterstützung.

Für die GLP-Fraktion spricht Mario Cozzio.

Mario Cozzio: Vorab danken wir allen Beteiligten für die Ausarbeitung der Botschaft B 24 und vor allem den Initiantinnen und Initianten, welche die benötigte Anzahl Unterschriften gesammelt haben. Wir Grünliberale setzen uns seit dem ersten Tag für das Stimmrechtsalter 16 ein und gedenken folglich auch heute nicht davon abzuweichen. Der wichtigste Grund für die Herabsetzung des Stimmrechtsalters ist die Förderung der politischen Partizipation junger Menschen. Demokratie lebt davon, dass sich möglichst viele Bürgerinnen und Bürger und somit auch möglichst viele Meinungen und Ansichten aktiv am politischen Prozess beteiligen. Junge Menschen bringen neue Perspektiven und frische Ideen ein, die unsere Gesellschaft voranbringen. Schon heute sind viele Jugendliche politisch interessiert und/oder engagiert, wie die breite Landschaft der Jungparteien zeigt. Leider können sie ihr Engagement aber nur bedingt ausleben, da ihnen die effektive Mitsprache verweigert wird. Mit 16 Jahren treffen oder trafen viele Jugendliche bereits wichtige Entscheidungen, sei es bei der Berufswahl, der Ausbildung oder der persönlichen Lebensgestaltung. Es ist daher nur konsequent und folgerichtig, ihnen auch ein politisches Mitbestimmungsrecht einzuräumen. Die politischen Entscheidungen, die wir heute treffen, wirken sich unmittelbar und vor allem auf die Zukunft der Jugendlichen aus. Es ist uns allen bewusst, dass unsere Gesellschaft vor großen Herausforderungen steht, zum Beispiel in Fragen der Altersvorsorge oder des Klimawandels. Diese Fragen können nur gelöst werden, wenn die Generationen zusammenarbeiten. Wenn Jugendliche frühzeitig in politische Prozesse eingebunden werden fördert dies den Austausch zwischen den Generationen und stärkt den Zusammenhalt der Gesellschaft und trägt zu ausgewogeneren Lösungen bei. Im Stimmrechtsalter 16 sehen wir überwiegend und fast ausschliesslich Chancen, und das bei einem geringen administrativen Aufwand. Es ist eine faktische Erweiterung des Rechts und führt zu noch repräsentativeren Abstimmungsergebnissen. Die GLP-Fraktion tritt auf die Vorlage ein, sie stellt den Antrag auf Annahme der Initiative und wird der Initiative dementsprechend zustimmen.

Sara Muff: Ginge es nach dem Argument von Daniel Rüttimann, wonach das Anliegen in anderen Kantonen wie beispielsweise Uri abgelehnt wurde, hätten wir auch noch kein Frauenstimmrecht. Ich glaube, wir sind uns alle einig, dass das Frauenstimmrecht zu spät eingeführt wurde. Unsere Jugend ist politisch, sie will nicht nur zuschauen, sondern aktiv mitgestalten. Zudem ist die Jugend von den heutigen politischen Entscheiden länger betroffen als wir. Deshalb ist es Zeit für eine Weiterentwicklung unserer Demokratie. Unsere Jugend ist bereit für diesen Schritt, denn sie ist vom heutigen politischen Geschehen nicht mehr wegzudenken. Dass die Entscheidungsfähigkeit von 16-Jährigen jener von Volljährigen in nichts nachsteht, konnte mittels Studien längst belegt werden. Nicht nur Grossereignisse politisieren die heutige Jugend, auch die sozialen Medien wecken bei jungen Erwachsenen immer früher das Interesse an der Politik. Der Ausbau der politischen Mitsprache ist Bestandteil der Schweizer Geschichte. Die Forderung der vorliegenden Einzelinitiative reiht sich perfekt in diese Tradition ein. Dürften Jugendliche bereits mit 16 Jahren abstimmen, wäre das auch eine Chance für die politische Bildung, und das in einem pädagogisch sinnvollen Moment. Die Motivation für den Staatskundeunterricht steigt nämlich, wenn man am politischen Geschehen teilhaben kann. Im Schweizer Nationalrat ist die Gruppe der 18- bis 29-Jährigen, zusammen mit den Seniorinnen und Senioren, die am schlechtesten vertretene Gruppe. Aber im Vergleich zu den über 65-Jährigen sind die unter 18-Jährigen im Parlament nicht nur untervertreten, sondern es ist ihnen untersagt, an Wahlen und Abstimmungen teilzunehmen. Die gängigen Argumente für diesen undemokratischen Ausschluss sind die

Verantwortung und die Reife der Jugendlichen, die in diesem Alter anscheinend noch nicht vorhanden sein sollen. Die Jugendlichen beweisen aber täglich das Gegenteil: bei der Berufswahl, bei der Steuererklärung, aber auch in Vereinen wie örtlichen Fussballclubs, als Jungwachtleiter oder Blauringleiterin oder in den Jungparteien und anderen Organisationen. Dort übernehmen sie bereits viel Verantwortung. Eine lebendige Demokratie zeichnet sich dadurch aus, dass auch die Jugend in Prozesse eingebunden wird. Wovor fürchten wir uns? Wagen wir mehr Demokratie, stimmen wir Ja und zeigen der Jugend, dass ihre Stimme zählt und sie Teil der Demokratie ist. Vor allem zeigen wir damit aber unser Vertrauen in unsere Jugend. Die Einführung des Stimmrechtsalters 16 ist nur noch eine Frage der Zeit, heute wäre ein guter Zeitpunkt dazu.

Irina Studhalter: Viele Argumente sprechen für die Einführung des Stimmrechtsalters 16. Ich möchte aber nur auf eines davon eingehen, das mir besonders wichtig ist, nämlich die Stärkung der Demokratie. Wir sind wohl alle stolz auf unsere direkte Demokratie. Ich verteidige unsere direkte Demokratie immer, wenn ich mit Freundinnen und Freunden aus Deutschland spreche, die ein etwas anderes Verständnis von politischer Teilhabe und politischen Kompetenzen haben. Unsere direkte Demokratie ist ein Gesellschaftsvertrag, bei dem es um ein gemeinsames Handeln und Ausdiskutieren geht. Dabei gilt ein Grundsatz: Je mehr sich daran beteiligen, desto robuster sind die Entscheide. Historisch wurde der Begriff des Volkes respektive der Stimmberechtigten immer wieder ausgeweitet. Die Schweiz hat mit der unrühmlich späten Einführung des Frauenstimmrechts ihren Beitrag dazu geleistet. Erst später, 1991, also vor 33 Jahren, wurde das Stimmrechtsalter von 20 auf 18 gesenkt. Ich muss etwas schmunzeln, wenn ich höre, dass die Grenze, ab wann junge Erwachsene fähig sind, sich eine Meinung zu bilden, bei 18 Jahren liegt. Vor nicht allzu langer Zeit war man nämlich der Ansicht, dass diese Grenze bei 20 Jahren liegt. Vor 33 Jahren wurde die Demokratie gestärkt und das rechtliche Verständnis des Volkes, also der Stimmberechtigten, wurde mit den 18- und 19-Jährigen erweitert. Ich bitte Sie, einen weiteren Schritt zur Stärkung der Demokratie und zur Integration der 16- und 17-Jährigen in die politische Entscheidungsbildung zu machen.

Luca Boog: Die Geschichte in unserem Land kennt schon einige Kapitel. Wenn es ums Stimmrecht geht, kämpfen die verschiedenen Lager mit all ihren Mitteln. So hatte man den Frauen das Stimmrecht lang verwehrt, in diversen Debatten haben sich die Männer vermeintlich zugunsten ihrer Frauen gewehrt. Aber die Geschichte rund ums Stimmrecht war 1971 noch lange nicht fertig. Schon in den 90er-Jahren wurde wieder diskutiert, ganz heftig. Als es um die Senkung des Stimmrechts auf 18 ging, hörte man schon Argumente, welche gemäss den Gegnern auch heute noch zählen: zu jung, zu unfähig, ja gar überfordert seien die Jungen. Wenn es um die demokratische Stimmung geht, wetzen sich seit Jahren die politischen Klingen. Aber warum befasse ich mich mit der Geschichte? Die Zukunft ist wichtig, und dem müssen wir mehr Gewicht verleihen, gerade wenn man sich die demografische Entwicklung anschaut. Wir alle werden immer älter, und das auch mit stimmrechtlicher Bindung. So wundert es einen auch nicht, dass die Alten die Jungen überstimmen, und das mit krasssem Gewicht. Das Umgekehrte wäre eigentlich das Ziel, denn die Zukunft bedeutet für junge Menschen enorm viel. So muss es doch unsere Bestrebung sein, die Beteiligung von Jungen mit zunehmender Reife zu erhöhen. Klar wäre es nur mit dem Stimmrechtsalter 16 nicht getan, aber es würde helfen. Dies sehen wir bereits in Glarus oder Österreich. Eine Minderheit der Mitte-Fraktion unterstützt alles, was jungen und engagierten Menschen nützt. Für einen Teil unserer Fraktion und vor allem für die Jungpartei ist klar: Stärken wir die Demokratie und sagen Ja zur Initiative.

Josef Schuler: Das Stimmrechtsalter 16 war im Kanton Luzern schon vor 500 Jahren Thema.

Die reformierten Kantone der alten Eidgenossenschaft haben den Jungen mehr Verstand zugesprochen, auch im Kanton Luzern. Der Konflikt hat sich im heutigen Kanton Aargau ereignet. Luzern war 1415 an der unrechtmässigen Eroberung des Aargaus beteiligt. Die Sieger haben sich die Herrschaft über die Aargauer Ämter aufgeteilt, und der Landvogt wechselte jährlich. Dabei hat er jedes Jahr versucht, die Bevölkerung zu beeinflussen. Viele Aargauer Gemeinden, darunter auch Hitzkirch, wechselten den Glauben. Die Abstimmungen wurden von den wehrfähigen Männern öffentlich durchgeführt. Geprägt durch den Bruderkrieg im Jahr 1515 in Marignano, wo sich Schweizer Söldner gegenseitig abschlachteten, wollten viele junge Bauern und Untertanen nichts mehr vom Solddienst wissen. Sie hofften, sich durch den Wechsel zum reformierten Glauben vom Solddienst befreien zu können. Die Aristokratie fürchtete zu Recht, Einkünfte zu verlieren, und trat gegen die Reformation an. Zwingli war für die Abschaffung der Söldnerei, da er die Schlacht von Marignano mit eigenen Augen gesehen hat. Die Landvögte der altgläubigen Orte versuchten, diese Abstimmungen jeweils rückgängig zu machen. Die reformierten Orte forderten, dass 15-Jährige sich an den Abstimmungen beteiligen können, und setzten sich dafür ein, denn als Söldner waren die Jungen sehr gefragt und nützlich. Die konservativen Orte wollten die Mitsprache der Jungen verhindern. Sie befürchteten, nichts mehr daran verdienen zu können. Erst mit dem Kappeler Krieg nahm es ein Ende. Das Stimmrechtsalter 16 ist in der Schweiz also schon lange ein Thema.

Michèle Albrecht: Als Mutter eines 16-jährigen Sohnes und einer 18-jährigen Tochter bin ich für die Einführung des Stimmrechtsalters 16 im Kanton Luzern. Viele Jugendliche sind sehr gut informiert, sehr engagiert und haben ein starkes Bewusstsein für die Themen, die ihre Zukunft prägen werden. Sie wollen mitgestalten, denn sie können das. Es ist an der Zeit, ihnen dieses Vertrauen zu schenken und ihnen die Verantwortung zu übertragen, auch an politischen Entscheiden teilhaben zu können. Gehen wir doch für einmal mutig voran und würdigen auch den Einsatz unserer geschätzten Luzerner Jungparteien und Jugendorganisationen. Gespannt erwarte ich die anstehende Volksabstimmung und die entsprechenden Parteiparolen. Ich unterstütze die Annahme der Volksinitiative.

Andrea Pfäffli: Vielleicht kennen Sie das Prinzip «First Follower». Wenn nicht, gibt es dazu verschiedene Videos auf «YouTube». Gemäss diesem Prinzip braucht es einen Leader, aber vor allem einen First Follower. Sind diese beiden gesetzt, folgt die Masse. In der Angelegenheit zum Stimmrechtsalter 16 wird dem Kanton Luzern die Chance geboten, sich in der so wichtigen Rolle des First Followers zu positionieren. Nachdem der Kanton Glarus den Lead gewagt hat, wartet er auf einen First Follower. Ich bin überzeugt: Wenn der Kanton Luzern als First Follower voranschreitet, kommt es zu einer nationalen Ausweitung. Der Kanton Luzern erhält also die Chance, sich als fortschrittlichen, modernen Kanton zu zeigen, der von der Jugend nicht nur erwartet, dass sie Verantwortung übernimmt, sondern ihr auch tatsächlich Verantwortung überträgt. Ein fortschrittlicher und moderner Kanton ist ein attraktiver Kanton. Dafür sprechen wir uns in unserem Rat ja sehr oft aus. Die Begründung der Gegner, dass das Stimmrechtsalter 16 nicht praktikabel sei, finde ich fadenscheinig. Geben wir als Kanton den Anstoss, so werden andere Kantone folgen, und dieses technokratische Problem löst sich von selbst. Was bleibt ist aber die Errungenschaft, unsere Jugend im geeignetsten Alter für die politische Partizipation zu gewinnen. Genau darum geht es ja: Wir wollen, dass unsere Jugend mitgestaltet und Verantwortung übernimmt. Wieso lassen wir sie dann nicht?

Rahel Estermann: Ich appelliere an den Stolz unseres Kantons. Wieso soll der Kanton Luzern nach Glarus der nächste Pionierkanton sein? Der Kanton Luzern durfte schon immer stolz auf die Politik seiner Jungen sein. Ich gehe nicht so weit in der Geschichte zurück wie

Josef Schuler, sondern nur ungefähr zehn Jahre. Damals wurden fast alle nationalen Jungparteien von Luzernerinnen oder Luzernern präsiert oder mitpräsiert. Unser Kanton hat eine lange Tradition mit starken Jungparteien und starken Jungpolitikerinnen und Jungpolitikern. Die vorliegende Initiative wurde von Jungparteien zustande gebracht, was nicht selbstverständlich ist. Viele dieser Luzerner Jungpolitikerinnen und Jungpolitiker gehören heute dem Nationalrat an oder unserem Rat. Seit heute Morgen gehört beispielsweise die ehemalige Präsidentin der Jungfreisinnigen unserem Rat an. Für die Luzerner Demokratie ist es wichtig, die starken Jungparteien zu pflegen. Die Jungparteien wird es unabhängig vom Stimmrechtsalter weiterhin geben. Aber viele Mitglieder der Jungparteien sind jünger als 18 Jahre alt. Es ist frustrierend, wenn man sich in einer Jungpartei engagiert, aber selbst nicht abstimmen und wählen darf. Ich bitte Sie deshalb, dem Stimmrechtsalter 16 zuzustimmen.

Eliane Graber: Ich bin auch jung zur Politik gekommen, aber ich war mit dem Stimmrechts- und dem aktiven und passiven Wahlrechtsalter 18 immer einverstanden. Letzten Freitag fand bei uns im Dorf die Jungbürgerfeier statt, und ich durfte mit den 18-Jährigen feiern, dass sie nun auch politisch aktiv sein und Abstimmen können. Ich habe die Gelegenheit genutzt und mich bei den 18-Jährigen erkundigt, wie sie zum Stimmrechtsalter 16 stehen. Mir wurde dabei von allen bestätigt, dass sie das heutige System gut finden und sie nicht bereits mit 16 Jahren hätten abstimmen wollen. Ich glaube, dass viele Möglichkeiten bestehen, um sich politisch zu engagieren; das finde ich gut. Ich durfte das zum Glück auch in meiner Familie erfahren und konnte mich früh einbringen. Aus diesen Gründen stimme ich der Vorlage zu. Ich finde es aber gut, dass letztlich die Luzerner Bevölkerung darüber entscheiden kann.

Sarah Arnold: Ich freue mich über alle Jungen, die sich politisch engagieren. Wenn das Stimmrechtsalter 16 dazu beiträgt, die Jungen noch mehr zu motivieren, will ich dabei nicht im Weg stehen. Daher unterstütze ich das Stimmrechtsalter 16.

Jasmin Ursprung: Weshalb Stimmrechtsalter 16? Wieso nicht 15 oder gar 14? Wie lautet die Begründung? Ich weiss es nicht. Die Begründung für das geltende Recht ist mir jedoch bekannt. Das aktuell geltende Stimmrechtsalter liegt bei 18 Jahren, weil man dann volljährig ist. Man ist also voll geschäftsfähig, und das Jugendstrafgesetz gilt nicht mehr. Was ändert sich sonst noch mit der Volljährigkeit? In der Schweiz darf man Auto fahren, Steuern bezahlen, eigene Geschäfte eingehen und hochprozentigen Alkohol trinken, und man ist den Eltern gegenüber nicht mehr zu Gehorsam verpflichtet. In der Politik stimmen wir häufig über Entscheide ab, die sehr viel Geld kosten, unser Geld, das wir mit Steuergeldern erwirtschaften. Somit finde ich es nicht fair, wenn jemand über Gelder bestimmen darf, der sich noch nicht am Steuerkuchen beteiligt. Ausserdem dürfen die 16- bis 17-Jährigen zwar mitbestimmen, aber die Verantwortung können sie nicht mittragen. Stellen Sie sich einen 16-jährigen Gemeinderat vor, der Verträge unterzeichnen will. Das kann er nicht, denn er ist weder straffähig, geschäftsfähig noch mündig. Studien belegen, dass die Stimmbeteiligung mit dem Alter wächst. Die Stimmbeteiligung der 16- bis 17-Jährigen ist somit die tiefste. In deutschen Bundesländern wie beispielsweise Hamburg oder Bremen spricht man von rund 2 Prozent. Wieso gilt das Stimmrechtsalter 16 nicht in mehr Ländern, wenn es so sinnvoll ist? Wieso wurde diese Frage schon auf nationaler Ebene abgelehnt? Wenn diese Initiative vor das Volk kommt und angenommen wird, dürfen die 16- und 17-Jährigen nur über kantonale Themen abstimmen und nicht über nationale. Ist das sinnvoll? Aus den genannten Gründen lehne ich das Stimmrechtsalter 16 ab.

Anja Meier: Zum Votum von Eliane Graber: Selbstverständlich interessieren sich nicht alle Jugendlichen im gleichen Mass für die Politik oder das Stimmrechtsalter. Aber umgekehrt gilt dies auch für volljährige Personen. Das Schweizer Stimm- und Wahlrecht wird nicht aufgrund

eines grösseren oder kleineren Interesses vergeben, sondern ist ein Recht, das uns allen zusteht. Diese Überlegungen lassen sich auf 16- und 17-Jährige übertragen: Die Jugendlichen, die politisch mitwirken wollen, sollen die Möglichkeit dazu erhalten. Zur Trennung von Mündigkeits- und Stimmrechtsalter: Wie bereits ausgeführt wurde, traut unsere Gesellschaft jungen Menschen heute bereits viele Rechte und Pflichten zu. 16- und 17-Jährige sind vor Gericht urteilsfähig, sie können ihre Religionszugehörigkeit frei wählen, sind sexuell mündig, bezahlen Mehrwertsteuern, dürfen Motorrad fahren, über Organspenden entscheiden und über ein Bankkonto verfügen. Wir müssen uns aber auch die Logik hinter dem zivilen Mündigkeitsalter und dem Stimmrechtsalter vor Augen führen. Bei der Einschränkung der zivilrechtlichen Handlungsfähigkeit von Jugendlichen geht es primär darum, sie zu schützen, beispielsweise vor einer Überschuldung. Diese Gefahr besteht beim Wählen oder Abstimmen nicht. Bei der politischen Partizipation geht es um Entscheidungen als Teil eines demokratischen Kollektivs. Deshalb können wir die politische Handlungsfähigkeit auch den 16- und 17-Jährigen erteilen. Ein Blick in die Geschichtsbücher zeigt, dass jedes Mal Rückschläge in Kauf genommen werden mussten, wenn es um die Erweiterung der politischen Rechte ging. Seit Jahren ist eine Art Ping-Pong-Spiel zu beobachten: Die Kantone sind eher geneigt, das Stimmrechtsalter 16 in Betracht zu ziehen. Auf nationaler Ebene hingegen möchte man erst darüber diskutieren, wenn sich erste Kantone dafür entschieden haben. Machen wir also Nägel mit Köpfen und schieben diese heisse Kartoffel nicht länger zwischen Luzern und Bern hin und her. Wir können das kantonale Stimm- und Wahlrechtsalter beeinflussen. Demokratie wird nicht kleiner, wenn sie geteilt wird. Sagen wir Ja zum Stimmrechtsalter 16.

Sabine Heselhaus: Wir sprechen hier von einem Anteil von 2,6 Prozent der Bevölkerung. Die Mehrheitsverhältnisse werden sich also nicht gravierend verändern. Die Mehrheit der Stimmberechtigten wird aber nicht mehr von den Folgen ihres Handelns betroffen sein. Lassen Sie also die junge Generation an den politischen Entscheiden teilhaben.

Für den Regierungsrat spricht Justiz- und Sicherheitsdirektorin Ylfete Fanaj.

Ylfete Fanaj: Es war herrlich, Ihnen zuzuhören und die Lebendigkeit der Debatte mit verschiedenen Perspektiven und spontanen Voten zu hören. Das hat mir sehr gefallen. Ich möchte zuerst die Initiative würdigen, bevor ich die Haltung der Regierung darlege. 19 Jungparteien und Verbände verlangen mit dieser Volksinitiative die Senkung des Stimmrechtsalters. Sie möchten damit die Teilnahme am politischen Prozess ausweiten. Sie haben die notwendigen Unterschriften gesammelt und ihr demokratisches Recht genutzt, unser System mitzugestalten und sich aktiv einzubringen. Danke dafür. Unsere Demokratie lebt von diesen Impulsen und Anstrengungen. Die Regierung schätzt es, dass wir nun das Anliegen breit diskutieren und der Bevölkerung zur Abstimmung vorlegen können, denn es geht um einen ganz zentralen Punkt unserer Demokratie: Wer darf mitbestimmen? Ich bin froh, dass wir in den vergangenen 175 Jahren Fortschritte gemacht haben und nun alle Schweizerinnen und Schweizer ab 18 Jahren aktiv und passiv am politischen Geschehen teilnehmen können. Die Schweizer Demokratie ist nie vollendet, sie entwickelt sich weiter, und das ist gut so. Die Argumente für und gegen das Stimmrechtsalter 16 sind grösstenteils bekannt. Die Forderung, das aktive Stimmrechtsalter auf 16 Jahre zu senken, ist für den Regierungsrat im Sinn der Ausweitung der demokratischen Rechte nachvollziehbar. Sie ist aus unserer Sicht aber nicht konsistent mit der heutigen Altersgrenze von 18 Jahren für die zivilrechtliche Volljährigkeit. Der Regierungsrat ist der Meinung, dass das Recht zur politischen Teilhabe an die gleiche Altersgrenze gekoppelt sein soll wie die rechtlichen Pflichten. Zudem sind aus Sicht des Regierungsrates unterschiedliche Altersgrenzen für das aktive und das passive Wahlrecht sowie in kantonalen und nationalen Angelegenheiten eher

verwirrend. Mit Blick auf die gesamte Schweiz müssen wir festhalten – das wurde auch von Daniel Rüttimann erwähnt –, dass das Stimmrechtsalter 16 in mehreren Kantonen nicht mehrheitsfähig war; das haben die diversen Abstimmungen gezeigt. Ich möchte noch auf einen Punkt eingehen, der häufig im Zusammenhang mit dem Stimmrechtsalter und auch von den Initiantinnen als Argument genannt wird, nämlich die Förderung des Interesses an der Politik und auch des Verständnisses der politischen Prozesse und Zusammenhänge. Das ist auch aus Sicht des Regierungsrates ein wichtiges Anliegen. Unsere Demokratie ist auf interessierte und gut informierte Bewohnerinnen und Bewohner angewiesen. Um sie zu befähigen, ist die politische Bildung zentral. Der Kantonsrat hat ein Postulat von Irene Keller zur politischen Bildung in der Volksschule für erheblich erklärt. Aus Sicht des Regierungsrates ist das auch ein guter Ansatz zur Förderung des politischen Interesses. Die Dienststelle Volksschulbildung wird einen Baustein «Politische Bildung» entwickeln und den Schulen zur Verfügung stellen. Interessierte junge Menschen haben zudem heute schon die Möglichkeit, sich in Jugendparlamenten, anderen Gremien oder Jungparteien einzubringen und Verantwortung zu übernehmen. Sie können dabei erste Erfahrungen sammeln und diese nach Erreichen der Altersgrenze von 18 Jahren dann gesamthaft wahrnehmen – aktiv und passiv. Vielleicht nehmen sie auch Einsitz in den Kantons- oder Regierungsrat. In diesem Sinn beantragt der Regierungsrat, die Initiative für gültig zu erklären und sie ohne Gegenvorschlag abzulehnen.

Der Rat tritt auf die Vorlage ein.

Antrag Mario Cozzio/Maria Pilotto/Samuel Zbinden zu Ziffer 2: Die Volksinitiative wird angenommen.

Für die Staatspolitische Kommission (SPK) spricht Kommissionspräsident Peter Fässler.

Peter Fässler: Dieser Antrag lag der SPK vor und wurde mit 8 zu 4 Stimmen abgelehnt.

Mario Cozzio: Über das Stimmrechtsalter 16 wurde bereits oft diskutiert, nicht nur heute. Die Meinungen wurden also gemacht. Ich finde es sehr gut, dass Eliane Graber Gespräche mit der Bevölkerung führt. Meiner Meinung nach ist das eine Kernaufgabe von uns Volksvertreterinnen und Volksvertretern. Mit der Annahme der Volksinitiative können 16-Jährige zwar abstimmen, aber sie müssen nicht. Es geht also um eine Erweiterung des Rechts und nicht um eine Pflicht. Weder unser Rat noch die Luzerner Bevölkerung verliert etwas bei der Annahme der Volksinitiative. Salopp formuliert könnte man auch sagen: Nützt es nichts, so schadet es auch nichts. Ich finde diese Formulierung in diesem Kontext eigentlich nicht passend. Aber mit der Annahme der Volksinitiative gewinnen alle etwas. Ich bitte Sie daher, unserem Antrag zuzustimmen.

Maria Pilotto: Die Geschichte des Stimmrechts in der Schweiz hat immer wieder zu verworrenen Kämpfen geführt. Es hat immer wieder die Stimmen und den Mut derjenigen gebraucht, die das Recht bereits hatten, um andere daran zu beteiligen. Zu Daniel Rüttimann: Wir entscheiden heute also, ob die Zeit reif ist. Die bisherigen Diskussionen zum Stimmrechtsalter 16 haben in anderen Kantonen oder auf Bundesebene immer wieder gezeigt, dass viele aktive politische Gremien dem Anliegen zugestimmt haben, es aber vom Volk abgelehnt wurde. Das war auch bei der Einzelinitiative von Samuel Zbinden der Fall, die nur knapp nicht angenommen wurde. Machen wir heute diesen Schritt, und stimmen wir der Initiative zu. Geben wir den Jugendlichen im Kanton Luzern ein Zeichen, dass wir sie und ihre Meinung tatsächlich einbinden möchten. Oder um das mit den Worten unseres Präsidenten Ferdinand Zehnder zu sagen: «Geben wir ihnen ein Zeichen, dass wir die 16- und 17-Jährigen in den Kreis der höchsten Luzernerinnen und Luzerner aufnehmen möchten.» Mit dem aktiven Wahlrecht möchte die SP-Fraktion den Bogen zum Angebot der politischen Bildung in der Schule spannen. Debatten in der Schule, das Ausleuchten politischer Themen oder

Jugendparlamente sind wichtig, aber mit der Initiative können wir den Jugendlichen zeigen, dass sie vollwertig mitentscheiden können. Zum Votum von Cornel Raess, bei dem es um die Verantwortung ging: Ich bin froh, dass sowohl unser Rat als auch der Regierungsrat als Kollektiv über wichtige Inhalte entscheiden kann. Das können auch 16- und 17-Jährige. Mit dem Stimmrechtsalter 16 können wir diese Erfahrung eins zu eins in die Praxis umsetzen, ohne eine Zwischenphase von zwei Jahren abzuwarten. Mit dem Stimmrechtsalter 16 hätten wir im Kanton Luzern andere Regeln als auf Bundesebene. Aber wir kennen in vielen Dingen Unterschiede zwischen den Gemeinden oder den Kantonen. Wenn ich heute in eine andere Gemeinde oder in einen anderen Kanton ziehe, erhalte ich nach erfolgter Anmeldung ruckzuck die lokalen Stimm- oder Wahlunterlagen. Aus administrativer Sicht sollte es also keine Probleme geben. Die SP-Fraktion ist für eine aktive Einbindung der 16- und 17-jährigen Luzernerinnen und Luzerner in unser politisches System und ruft Sie eindringlich dazu auf, der Initiative zuzustimmen.

Samuel Zbinden: Ich empfand die Debatte als sehr gut, sehr kreativ und sehr lebhaft. Besonders gut gefallen hat mir, dass die Debatte nicht entlang der klassischen politischen Gräben stattfand. So haben sich Vertreterinnen und Vertreter der Grünen, der SP, der GLP, der Mitte sowie der FDP für das Stimmrechtsalter 16 ausgesprochen. In der Regel bin ich nicht nervös, wenn ich ein Votum halte, heute war ich es aber. Das liegt daran, dass ich nicht nur für mich selbst gesprochen habe, sondern ein Stück weit auch für all die jungen Menschen, die über 5000 Unterschriften für diese Initiative gesammelt haben. Ich bitte Sie im Namen aller Betroffenen, unserem Antrag zuzustimmen.

Daniel Rüttimann: Ich habe mich in meinem Eintretensvotum bereits ausführlich und sachlich zur Thematik geäußert. Die Mitte-Fraktion lehnt den vorliegenden Antrag mehrheitlich ab.

Der Rat lehnt den Antrag mit 59 zu 51 Stimmen ab.

In der Schlussabstimmung stimmt der Rat dem Kantonsratsbeschluss über die Volksinitiative «Ja zum Stimmrechtsalter 16!», wie er aus der Beratung hervorgegangen ist, mit 63 zu 48 Stimmen zu.